

# Rheinberger STATT Nachrichten



Sommer 2017

## Aus der Fraktion

# Wildwest auf dem Holz- und Fischmarkt?

*Gemütlich geht es zu auf dem Rheinberger Holz- und Fischmarkt. Der verkehrsberuhigte Bereich im Herzen der Altstadt erlaubt es auch kleinen Kindern gefahrlos im Umfeld der Eisdielen zu spielen und herumzulaufen. Die Gäste im Außenbereich der Restaurants nehmen das sanfte Tuckern eines in Schrittgeschwindigkeit vorbeiziehenden Autos kaum wahr und genießen die sommerliche Stimmung. Hin und wieder überquert ein Rheinberger Bürger gemächlichen Schrittes die Straße. Über den Verkehr muss er sich keine Gedanken machen, da Fußgänger in einer Spielstraße ja sowieso immer Vorfahrt haben.*

So oder so ähnlich war der Plan, als man den Holz- und Fischmarkt zum verkehrsberuhigten Bereich erklärte. Doch die Realität sieht leider anders aus. Die gefährliche Geschwindigkeit vieler Autos liegt zum Teil deutlich über der höchst zulässigen Geschwindigkeit. Eine der Ursachen ist laut der Polizei, dass es eine fehlende Akzeptanz bei den motorisierten Verkehrsteilnehmern gibt, an dieser Stelle Schrittgeschwindigkeit zu fahren.



Ratsmitglied  
Kenneth Simon  
kritisiert die  
Verkehrssituation  
auf dem Holz-  
und Fischmarkt

Gefahr erkannt, Gefahr gebannt – möchte man meinen, doch weit gefehlt.

Die Verwaltung sieht sich nicht in der Lage, an diesem Zustand etwas zu ändern. Ihr seien vielmehr die Hände gebunden, da sie keine direkten Steuerungsmöglichkeiten über Geschwindigkeitskontrollen mit Bußgeldverhängung hätte.

Eine hilflose Verwaltung also, welche tatenlos zusieht, wenn vor ihrer Haustür verkehrspolitisch in Wildwest-Manier das Recht des Schnelleren gilt? Das wäre für unsere Grüne Fraktion nicht akzeptabel. Was also kann getan werden?

Das Baudezernat hat in der letzten Bauausschusssitzung einen neuen Vorschlag präsentiert: Die Durchfahrt am Holz- und

Fischmarkt soll nur noch für Busse geöffnet bleiben, nicht aber für PKW. Dies könnte zunächst auf Probe erfolgen, um die Auswirkungen zu überprüfen.

Dieser Gedanke ist grundsätzlich begrüßenswert. Damit ließe sich das Problem des Durchgangsverkehrs, der hohen Geschwindigkeiten und der Beeinträchtigung auflösen oder doch zumindest deutlich reduzieren.

Allerdings sind meiner Auffassung nach zunächst die Rahmenbedingungen für eine Akzeptanz dieser Lösung zu schaffen:

**Es muss endlich ein gutes Parkleitsystem her, welches den Autofahrern aus dem Norden wie aus dem Süden eine klare Ausschilderung der verfügbaren Parkplätze liefert.**

**Schon lange haben SPD und Grüne gemeinsam ein Verkehrskonzept für den Innenstadtbereich gefordert, das immer noch nicht vorliegt. Hierbei sind auch die möglichen Effekte der Durchfahrtsperre am Alten Rathaus zu untersuchen.**

Im September wird auf Antrag unserer Fraktion weiter im Bauausschuss darüber beraten.

**Was ist Ihre Meinung dazu?**  
Sie können uns gerne dazu kontaktieren:

Unsere Kontaktmöglichkeiten finden Sie im IMPRESSUM auf Seite 4



# Aufenthalts- und Wohnwert in der historischen Altstadt Rheinbergs

**Das Wohnen, Leben und der Aufenthalt in der Innenstadt Rheinbergs ist immer wieder ein viel diskutiertes Thema. Die Geschäftswelt freut sich über reichliche und zufriedene Kundschaft, die Gastronomie über viele Gäste und Veranstalter in der Stadthalle über ein volles Haus.**

Die Bewohner der Innenstadt sorgen für schön geschmückte und renovierte Häuser und ein attraktives Umfeld, so dass

Besucher von Fern bewundernd das „schöne Städtchen“ Rheinberg loben und gerne herkommen. Wie erhalten wir uns dieses so?

Indem wir Rheinberger/innen die schönen Seiten unserer Innenstadt honorieren und uns darüber freuen, dass junge Familien mit ihren Kindern stressfrei einkaufen, Gäste in Cafés und der Außengastronomie sitzen, sich Bekannte/Nachbarn zum Plausch auf der Straße treffen, Berufstätige in ihrer Mittags-

pause entspannen, die Bewohner ohne große Lärmemissionen leben können.

Dazu gehört eine weitgehend störungsfreie, ruhige, lärmreduzierte Aufenthaltsqualität mit sehr wenig motorisiertem Verkehr (Parkplätze in der Nähe zum Marktplatz und den umgebenden Einkaufsmöglichkeiten gibt es genug) die AnwohnerInnen der Innenstadt und die sich aufhaltenden Gäste brauchen dieses zur Erhaltung ihrer Gesundheit und Bewahrung der Wohnqualität.



Sachkundige Bürgerin  
Dagmar Krause-Bartsch  
wünscht sich  
eine liebenswerte  
Altstadt

## Mehr Verantwortung für uns GRÜNE

Die Rheinberger CDU-Fraktion hat durch Austritt vier ihrer Ratsmitglieder verloren. Darum mussten die Ausschussgrößen neu geregelt werden. Die GRÜNE Fraktion hat nun im Bauausschuss wie im Umweltausschuss ein Mitglied mehr.

Dies sind **Kenneth Simon** (Umweltausschuss) sowie **Gerhard Hage** im (Bauausschuss).

## Sparsam geht anders

CDU und SPD haben durchgesetzt, dass Reisekosten zu einer Klausurtagung im Jahr bis zu insgesamt 200 km für Hin- und Rückfahrt übernommen werden. Geschätzte Mehrkosten im Jahr: 2.400 Euro. Wir meinen, dass man auch in Rheinberg sehr gut tagen kann und damit auch die örtliche Wirtschaft stärkt.

Zudem wird, wie von CDU und SPD gewünscht, die Zahl der Fraktionssitzungen, für die ein Sitzungsgeld gezahlt wird, sowohl für Ratsmitglieder als auch für sachkundige BürgerInnen auf 35 Sitzungen jährlich angehoben. Geschätzte Mehrkosten rund 27.000 Euro.

**Die GRÜNE Fraktion meint:** Wir befinden uns in der Haushaltssicherung. Da sollte sich eine solche unangemessene Belastung des Stadtsäckels verbieten!

# Kindertagesbetreuung: Et hätt noch immer jot jeje!?

Aber es scheint so, als könnte man sich darauf diesmal nicht verlassen. Der Bundesgesetzgeber hat einen Rechtsanspruch auf Kindertagesbetreuung festgelegt, die Umsetzung aber ist den örtlichen Jugendhilfeträgern, den Jugendämtern, überlassen.

Hier in Rheinberg scheint die Verwaltung noch mit einer gewissen Gelassenheit den für das Jahr 2017 fehlenden Kindergartenplätzen entgegenzusehen. 759 Plätze in Kindertageseinrichtungen stehen 795 Kindern im Alter von 3 bis 6 gegenüber. Das ist eine Versorgungsquote von 96,4 %.

Nicht berücksichtigt ist dabei, dass die Zahl der Plätze auch solche in Einrichtungen mit einbezieht, die bei weitem nicht mehr dem Standard entsprechen. Nicht berücksichtigt sind außerdem die Kinder der geflüchteten Menschen in



Rheinberg, die wahrscheinlich im Rahmen des Familiennachzuges kommen werden. Hier setzt die Verwaltung auf das Prinzip Hoffnung, wenn es darum geht, dass nach den oben beschriebenen Zahlen mindestens 3,6 % der Eltern klagen können und angesichts der letzten kinder- und elternfreundlichen Urteile wahrscheinlich auch werden.

Wie man das Fehlen von über 30 Plätzen im Jahr 2017 überbrücken will, ist derzeit noch nicht abzusehen. Hier hilft auch kein Verweis darauf, dass das Verfahren KITA-Online, mit dem die Eltern den Betreuungsbedarf ihres Kindes in den von Ihnen favorisierten Kindertages-

einrichtungen dem Jugendamt zur Kenntnis geben, nicht so transparent funktioniert wie erhofft.

Was gebraucht wird, ist eine verlässliche Planung, eine enge Abstimmung mit den Trägern der bestehenden Einrichtungen und die Möglichkeit, auch selber Herrin des Geschehens zu sein. Das kann die Stadt Rheinberg aber nur, wenn sie eigene Kindertageseinrichtungen unterhält. Bislang ist nur der Kindergarten in Vierbaum in städtischer Hand. Unserer Auffassung nach ist es dringend erforderlich, zusätzliche Plätze auch zentral in Rheinberg Stadtmitte durch die Stadt selber anbieten zu können.

Leidtragende dieser Situation sind die Kinder und Eltern. Spätestens mit dem 3. Lebensjahr möchten und müssen sich in vielen Familien beide Elternteile beruflich einbringen. Das ist schwer, wenn man heute nicht weiß, wo das Kind morgen sein wird. Der Übergang in die Kindertageszeit sollte harmonisch verlaufen und nicht mit panischen Eltern, die sich zwischen Arbeitgeber und Kind und im Zweifel auch gerichtlichen Verfahren aufreiben müssen.

Wir werden uns dafür einsetzen, dass hier so schnell wie möglich für Abhilfe gesorgt wird!



Ratsmitglied  
Svenja Reinert  
sorgt sich  
um fehlende  
Kindergartenplätze

## Lärminderung in Millingen

Die Alpener Straße ist im südlichen Teil durch den Verkehr, den Gewerbe und Logistik ringsum mit sich bringen, besonders belastet. Hier haben wir ein LKW-Durchfahrtsverbot für Fahrzeuge ab 7,5 t für eine Testphase von 6 Monaten beantragt. Im Haupt- und Finanzausschuss wird das Thema nach der Sommerpause erneut behandelt.

## Tempo 30 in Vierbaum

Was nun? Die GRÜNE-Fraktion im Rat der Stadt Rheinberg hatte für den Haupt- und Finanzausschuss einen Antrag auf Tempobeschränkung für den Ortsteil Vierbaum gestellt. Nach dieser Sitzung vom 13. Juni gab es viele fragende und lange Gesichter.

Die von der GRÜNEN Fraktion vorgetragene Wünsche zum streckenbezogenen Tempo 30 auf dem Reitweg/Kuhdyk wurden von der Verwaltung zur Anhörung an den Straßenbaulastträger NRW verwiesen. Wir sind gespannt, wie dort die sogenannte "Ermessensentscheidung" für die hier wohnenden Bürger und Bürgerinnen ausfallen wird!

Auf der Baerler Straße und in Alt-Vierbaum ist der Straßenbaulastträger die Stadt Rheinberg selbst. In der Sitzung wurde für eine Verkehrszählung geworben; diese soll den Bedarf für eine mögliche Geschwindigkeits-Beschränkung ermitteln. Flankierend sollen Geschwindigkeitsmessungen erfolgen. Nun gibt es aber bereits eine Zählung im Zusammenhang mit dem Neubaugebiet Baerler Straße/Kuhdyk. Demnach sollen ca. 2500 PKW täglich die Baerler Straße befahren. Warum hat die Verwaltung in der Sitzung darauf nicht verwiesen und was sagt diese Zahl aus?

Für die Anwohner sind das zu viele Fahrten mit zum Teil zu hohen Geschwindigkeiten! Und der zu erwartende zusätzliche Verkehr aus dem neuen Budberger Baugebiet kommt noch oben drauf.

Interessanterweise wurde von der Verwaltung nichts zum Lärmgutachten Baerler Straße/Kuhdyk vom Mai 2017 gesagt. Dort steht im Ergebnis, dass die „Einhaltung der schalltechnischen Orientierungswerte“ an der Baerler Straße zum Teil hoch überschritten werden. „Das hängt mit der aktuellen Verkehrsbelastung an der Baerler Straße zusammen.“

Anscheinend ist das Argument der Unübersichtlichkeit auf der Baerler Straße für das Ordnungsamt und die örtliche Polizei ein entscheidendes Argument und hätte die größte Aussicht auf Erfolg für Tempo 30. Aber auch der gesundheitsschädliche Lärm, die aggressive Raserei und die erhöhten Abgase sind unserer Meinung nach genau so wichtig!

Beim Thema Alt-Vierbaum waren leider die Unkenntnisse in der Verwaltung, wie auch bei einigen Politikern, die sich in der Sitzung dazu äußerten, über die Örtlichkeiten so gravierend, dass wir Korrekturen für die nächste Sitzung am 28. September ankündigten. Es gilt: Tempo-30-Zone geht kaum, weil die Verwaltung sagt, für diese Regelung sei eine „geschlossene Ortschaft“ Voraussetzung.

Darüber sind wir anderer Meinung, ändern aber unter den vermutlich unüberwindlichen Voraussetzungen unseren Antrag ab und wünschen uns Tempo-30-Schilder an den Eingangsstraßen in dieses Wohngebiet.



## Neugestaltung Rheinberger Altstadt – Starttermin der Bauarbeiten ein Flop?

Am 12. Juni war es soweit. Die Bagger rückten an und gaben den Startschuss für die lang ersehnte Sanierung des Rheinberger Marktplatzes. Getrübt wurde die Vorfreude jedoch durch den gewählten Starttermin im direkten Vorfeld des Rheinberger Stadtfestes. War dies eine unnötige Beeinträchtigung für BürgerInnen und Einzelhandel?

Terminlich unumgänglich, sagt allerdings die Verwaltung. Wegen des Weihnachtsgeschäftes war ein Start der Bauarbeiten direkt vor dem Stadtfest angeblich zwingend notwendig. Dadurch, so der Plan, würde der Marktplatz pünktlich zum Weihnachtsgeschäft in neuem Glanz erstrahlen.

Die GRÜNEN werden die Fortschritte der Bauarbeiten nun genau beobachten und die Verwaltung an ihr Versprechen erinnern. Alles andere als eine pünktliche Fertigstellung des Marktplatzes vor dem Weihnachtsgeschäft wäre ein unnötiger Glaubwürdigkeitsverlust der Stadtverwaltung und eine weitere Schädigung des Einzelhandels.



Sachkundiger Bürger  
Ernst Barten  
fordert  
Tempo 30  
in Vierbaum

## Online- und lokaler Handel

Die GRÜNE Fraktion hat einen Antrag eingebracht, einen runden Tisch zum Thema „Verbindung von Online- und lokalem Handel“ einzuberufen. Hierzu sollen die betreffenden Akteure aus örtlichem Einzelhandel, Interessenverband des Einzelhandels, Wirtschaftsförderung der Stadt Rheinberg und eine Fachperson für den Online-/Offline-Handel eingeladen werden.

# Grundwasser im Raum Rheinberg mit Nitraten belastet – aktuelle Messergebnisse liegen vor



Viel zu hohe Nitratwerte im Grundwasser hat der VSR-Gewässerschutz bei den Brunnenwasserproben festgestellt, die im Rahmen der Informationsveranstaltungen am 31. Mai in Rheinberg beim Labormobil abgegeben wurden. In jeder vierten untersuchten Probe lag die Nitratkonzentration oberhalb des Grenzwertes der deutschen Trinkwasserverordnung von 50 Milligramm pro Liter. Insgesamt wurde bei der Untersuchung das Wasser aus 120 privat genutzten Brunnen aus dem Raum Rheinberg – Moers – Neukirchen-Vluyn – Rheurdt – Kamp-Lintfort – Wesel analysiert.

Der VSR-Gewässerschutz kritisiert, dass Massentierhaltungen und Biogasanlagen bisher ganz legal zu einer erheblichen Belastung des Grundwassers beitragen. „Die Nährstoffüberschüsse – die letztendlich in der Umwelt landen – lassen sich in den Betrieben mit den bisherigen Methoden nicht ausreichend erfassen“, so Susanne Bareiß-Gülzow, Vorsitzende im VSR-Gewässerschutz.

Die Mitglieder vom VSR-Gewässerschutz fanden bei der Untersuchung 126 Milligramm Nitrat pro Liter (mg/l) in einem privat genutzten Brunnen in **Alpsray**. Weitere mit Nitraten stark verschmutzte Brunnen stellten die Umweltschützer in **Millingen** mit 102 mg/l, in **Budberg** mit 89 mg/l, in **Ossenberg** mit 123 mg/l, in **Borth** mit 92 mg/l und im Weseler Ortsteil Blumenkamp mit 90 mg/l fest. Das Wasser ist wegen der Überschreitung des Grenzwertes der Trinkwasserverordnung nicht mehr zum Trinken geeignet. Besonders wichtig ist außerdem, dass derart belastetes Wasser nicht zum Befüllen eines Fischteichs genutzt wird. Es besteht die Gefahr, dass es zur Massenvermehrung von Algen kommt. Diese können beim Absterben zum Fischsterben führen. Beim Bewässern mit nitratbelastetem Grundwasser kommt es zu einer zusätzlichen Nitratzufuhr. Diese muss man bei der Düngung dringend beachten, damit es nicht zu einer unnötigen Nitratanreicherung in der Pflanze kommt.

Der VSR-Gewässerschutz fordert die Politiker auf, dass bei der Ausgestaltung der Stoffstrombilanz nicht die Agrarlobby, sondern die Fachleute das Sagen haben müssen. Diese legen nämlich statt der rein betriebswirtschaftlichen eine umfassende Betrachtungsweise bei ihren Vorschlägen zu Grunde. Bisher können die Massentierhaltungen ein Drittel der Stickstoffe als Verluste deklarieren – laut den Berechnungen der Betriebsleiter werden dabei immer weniger Nährstoffe auf den Feldern aufgebracht als in der Realität. Außerdem werden Stickstoffe, die in die landwirtschaftlichen Betrieb hinein kommen und die ihn verlassen sowie deren umweltrelevante Auswirkungen nur unvollständig erfasst.

Das soll sich 2018 für Massentierhaltungen mit einer Stoffstrombilanz ändern. Doch es besteht von Seiten der Betreiber der Massentierhaltungen ein großer Widerstand, die lieb gewonnenen Gewohnheiten aufzugeben. Und so wird derzeit heftig über die Ausgestaltung der Bilanzierung diskutiert. „Es werden ständig neue Bezeichnungen erfunden. Statt die Vorschläge der Fachkreise zu übernehmen, wird aus der Hoftorbilanz eine Stoffstrombilanz, und die althergebrachten Stickstoffverluste werden zu Messungenauigkeiten umgewandelt.“ so Susanne Bareiß-Gülzow, Vorsitzende vom VSR-Gewässerschutz. Ihr Verband lehnt jegliches rechnerisches Verstecken von Nährstoffen ab, die letztendlich doch auf den Feldern landen. Der VSR-Gewässerschutz fordert, dass auch die industriellen Biogasanlagen eine Stoffstrombilanz vorlegen müssen. Doch diese wurden bisher nicht berücksichtigt.

Jede(r) hat ein Recht auf sauberes Wasser. Da es für die Wasserversorger in der Zukunft immer aufwendiger wird Wasser zu liefern, das den Grenzwert von 50 mg/l Nitrat einhält werden die Preise für Leitungswasser steigen. Umso ärgerlicher, da viele Gartenbesitzer heute schon wegen der starken Belastung im

Brunnenwasser für viele Verwendungen im Garten statt Brunnenwasser Leitungswasser verwenden müssen.

Damit in Zukunft die Nitratbelastung im Grundwasser sinkt, bedarf es eines Umdenkens bei den Landwirten und landwirtschaftlichen Verbänden. Der VSR-Gewässerschutz möchte mit seinen Messungen dazu beitragen, dass die Notwendigkeit einer Änderung der Düngerausbringung akzeptiert wird. Es muss in den belasteten Regionen zu einem In-

formationsaustausch zwischen den BürgerInnen und den Landwirten kommen.

Wer den Termin in Rheinberg verpasst hat, kann dem VSR-Gewässerschutz auch Proben des eigenen Brunnenwassers zur Analyse zusenden.

Informationen zu den Brunnenwasseruntersuchungen und Lösungen für Belastungen im Brunnenwasser hat der Verein auf seiner Homepage [www.VSR-Gewässerschutz.de](http://www.VSR-Gewässerschutz.de) zusammengestellt.

## Die ewige Kanzlerin – wie gut ist eigentlich ihre Bilanz?

Demnächst stehen wieder Bundestagswahlen an, die über die grundsätzliche Ausrichtung der deutschen Politik in den nächsten 4 Jahren entscheiden werden. Die Zustimmungswerte für die jetzige Kanzlerin sind hoch, Angela Merkels ruhige und besonnene Art wird von vielen WählerInnen geschätzt.

Nun ist die persönliche Art die eine Sache – aber wie sieht es mit der politischen, der inhaltlichen Bilanz aus? Hier sehen wir nun sehr deutliche Defizite:

*Gerne versucht Frau Merkel sich als Klimakanzlerin zu inszenieren. Tatsache ist, dass der Ausbau der Erneuerbaren Energien durch die Bundesregierung deutlich gebremst wurde. Dabei ist seit 2009 der CO<sub>2</sub>-Ausstoß auf etwa dem gleichen Niveau geblieben, ein Rückgang wurde nicht erreicht. Die von der Bundesregierung selbst gesetzten Klimaschutzziele für 2020 und 2030 sind kaum noch zu erreichen.*

*In der Atompolitik irrlichterte Frau Merkel herum: Erst die Rücknahme des unter Rot-Grün durchgesetzten Atomausstiegs, dann die 180-Grad-Kehrtwende nach der Atomkatastrophe in Fukushima. Eine klare Haltung in dieser so wichtigen Frage sieht anders aus.*

*Die Brennelementesteuer (Steuer auf Kernbrennstoffe in Atomkraftwerken), unter Schwarz-Gelb 2011 beschlossen, war Murks und wurde kürzlich vom Bundesverfassungsgericht gekippt. Folge: Es drohen nun Rückzahlungen des Bundes an die Energiekonzerne von mehr als 6 Milliarden Euro.*

*Mit mir wird es keine PKW-Maut geben, so die Bundeskanzlerin vor der letzten Bundestagswahl. Ergebnis: Wir bekommen eine Maut.*

*Bis 2020 sollten 1 Million Elektrofahrzeuge auf Deutschlands Straßen unterwegs sein. Derzeit liegen wir aber etwa bei 60.000 Fahrzeugen, wobei Hybrid-PKW schon mitgezählt sind. Frau Merkel hat sich inzwischen von diesem Ziel wieder verabschiedet.*

*Dafür blockierte die Bundesregierung in Brüssel schärfere Kontrollen für die Automobilindustrie nach dem VW-Abgasskandal. Ernsthafte Konsequenzen hält die Schwarz-Rote Bundesregierung nach dem „Dieselgate“ offenbar nicht für notwendig. Stattdessen attestierte die Bundesregierung sich im Untersuchungsausschuss, alles richtig gemacht zu haben. Im Abschlussbericht von Schwarz-Rot wird gar die Gesundheitsgefährdung von Stickoxiden in Zweifel gezogen.*

*Angesichts drohender Fahrverbote für Dieselfahrzeuge in Großstädten wegen zu hoher Luftbelastung gibt es keine Pläne der Bundesregierung, wie man dieses Problem in den Griff bekommen soll.*

Die Liste ließe sich, auch in anderen politischen Feldern, weiter fortsetzen.

Bei dieser Kanzlerin ist sehr darauf zu achten: Was ist Schein, und was ist tatsächlich Sein!

## Nach dem tragischen Unfall muss die Bahn aktiv werden!

Die GRÜNEN appellieren an die DB (Deutsche Bahn) Netz, alle verfügbaren Möglichkeiten einer besseren Sicherung der unbeschränkten Bahnübergänge an der RB 31 offen in Betracht zu ziehen. Angesichts der großen Betroffenheit, die die tragischen Unfälle der zurückliegenden Zeit in der Bevölkerung ausgelöst

haben, sind die notwendigen Investitionen unverzichtbar. DB Netz soll nicht als Risikofaktor, sondern als notwendiger Dienstleister unserer Region wahrgenommen werden. Wir meinen: Die Sicherheit unserer Bevölkerung muss im Mittelpunkt stehen – die Deutsche Bahn darf sich keinen Imageverlust erlauben.

# Gift im Boden und im Wasser am Niederrhein – jetzt reicht's



„Alle Dinge sind Gift, und nichts ist ohne Gift; allein die Dosis macht's, dass ein Ding kein Gift sei.“ Das sagte bereits im Mittelalter der bekannte Mediziner und Alchemist Paracelsus. Dieser Ausspruch beschreibt das problematische Handeln auf deutschen Äckern und Wiesen trefflich und weist ebenso zur Lösung. Dort, wo die Gülle wegen der Intensivlandwirtschaft (Massentierhaltung) in großen Mengen in den Boden sickert, werden sukzessive die Umweltgüter (Wasser, Boden und auch Luft) vergiftet. Die von vielen Fachleuten, insbesondere von der ABL (Arbeitsgemeinschaft Bäuerliche Landwirtschaft) propagierte Tierhaltung, die an die Fläche gebunden sein soll, wird in den besonders belasteten Regionen in Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen nur selten praktiziert. Ausnahmen bilden insbesondere einige BIO-Bauern.

Die massenhafte Erzeugung von Exkrementen wird als Gülle auf Wiesen und Felder aufgebracht. Außerdem dient sie als Gärstoff für die Biogasanlagen. Die Gärreste dieser Anlagen werden ebenfalls auf die Felder aufgebracht. Aus den in der Gülle enthaltenen organischen Stoffen entsteht Nitrat, eine natürliche Verbindung des Stickstoffs. Dies dient dem Landwirt als Düngemittel.

Nitrate sind salzartige, leicht wasserlösliche chemische Verbindungen aus Stickstoff und Sauerstoff. In Gewässern fördern sie Algenwachstum und senken dadurch den Sauerstoffgehalt. Grundsätzlich ist Nitrat für den Menschen nicht gefährlich, unter dem Einfluss von körpereigenen oder im Boden befindlichen Bakterien kann Nitrat jedoch in Nitrit umgewandelt werden. Nitrit blockiert den Sauerstofftransport im Blut und steht im Verdacht krebserregend zu sein.

Ein erheblicher Prozentsatz unseres Trinkwassers wird aus dem Grundwasser gewonnen. Durch die zunehmende Be-

lastung des Grundwassers mit Nitrat sind die Wasserwerke gezwungen, neue kostenintensive Aufbereitungstechniken anzuwenden. Das heißt, die Kosten für unser Trinkwasser werden in naher Zukunft deutlich steigen. Man spricht heute schon von einer Preissteigerung von bis zu 45 %. Eine vierköpfige Familie müsste dann ca. 134,00 € im Jahr mehr bezahlen.

Bedeutende Vertreter des DVGW (Deutscher Verein des Gas- und Wasserfaches) fordern grundlegende Veränderungen in der Landwirtschaft. Es müsse am Entstehungsort der Probleme angesetzt werden. Das wird bereits seit Jahren diskutiert. Es geschieht aber nichts. Sachlich zuständig ist die Bundesregierung, die aber das Problem unter dem Druck des Deutschen Bauerverbandes vor sich herschiebt. Der Einfluss dieses Lobbyverbandes ist so stark, dass Kanzlerin Merkel und Landwirtschaftsminister Schmidt sogar eine Vertragsverletzungsanklage wegen der hohen Nitratwerte im Grundwasser beim Europäischen Gerichtshof in Kauf nehmen. Das könnte Strafzahlungen in Millionenhöhe für den deutschen Steuerzahler nach sich ziehen. Zwar wurde im letzten Jahr eine novellierte Düngemittelverordnung auf den Weg gebracht. Fachleute halten dieses Regelwerk allerdings für unbrauchbar, um die beschriebenen Probleme und die Forderungen der EU aus der Welt zu schaffen.

Außerdem verhält sich die Ausbringung von Pestiziden und Gülle derart nachteilig in Bezug auf die Umweltbedingungen für die heimische Tierwelt, dass ein Artensterben von den Naturschutzbehörden beklagt wird: Die Böden seien tot, Insekten fänden nicht mehr ausreichend Nahrung und könnten so höheren Tierarten nicht mehr als Nahrung dienen. Insbesondere sind davon die Bodenbrüter und Hasen sowie Kaninchen betroffen.

Zu diesem Thema laden wir ein zu einer Informations- und Diskussionsveranstaltung

Wann: 8. September 2017 um 18:30 Uhr

Wo: Landhaus Steinhoff,  
Bischof-Roß-Straße 70, 47495 Rheinberg/Budberg

Zugesagt haben:

Bärbel Höhn, MdB Grüne

Angela Herzberg, Wasserverbund Niederrhein GmbH

Peter Malzbender, BUND Kreisgruppe Wesel

Angefragt ist ein Vertreter/In der ABL Arbeitsgemeinschaft bäuerlicher Landwirtschaft (Zusage der Teilnahme besteht)

## UNSER BUNDESTAGSKANDIDAT

# STEFAN MEINERS

Liebe Wählerinnen und Wähler,

als Ihr GRÜNER Direktkandidat für die Bundestagswahl 2017 liegen mir folgende GRÜNE Ziele besonders am Herzen:

*Ich werde mich für ein sicheres, soziales und gerechtes Deutschland einsetzen. Wichtig ist mir dabei ein Mindestlohn, der allgemeingültig ist: Flächendeckend und ohne Ausnahmen. Aus meiner Sicht müssen Löhne ausreichen, um den Lebensunterhalt bestreiten zu können.*

*Ich unterstütze als Ihr Grüner Kandidat eine Politik, die die Zwei-Klassen-Medizin beendet. Die ärztliche Versorgung und Pflege stellen für mich ein Menschenrecht dar, das jedem Menschen in gleicher Art und Weise zur Verfügung stehen muss. Die Privaten Krankenversicherungen entziehen den Gesetzlichen Krankenversicherungen besser verdienende Menschen, mit deren Hilfe die Beiträge niedrig gehalten werden können.*

*Die Beiträge von Arbeitgebern und Arbeitnehmern müssen wieder angeglichen werden.*

*Im Tierschutz will ich die Lebensbedingungen von Rindern, Hühnern und Schweinen nachhaltig verbessern. Zugleich muss der Einsatz von Antibiotika verringert werden.*

*In der öffentlichen Sicherheit ist es dringend notwendig, den Kurs zu korrigieren. Nicht mehr Überwachung des Einzelnen durch Technik erhöht die Sicherheit. Sondern mehr Polizisten, die besser ausgebildet und ausgestattet werden. Hier muss der Bund auch den finanziellen Spielraum der Bundesländer entsprechend ausgestalten und mit gezielten Gesetzesänderungen Rechtslücken wirksam schließen.*

### ZU MEINER PERSON:

Ich bin 40 Jahre alt und arbeite als Beamter bei der Polizei NRW als technisch Verantwortlicher für das zentrale Controlling. Anfang 2008 bin ich bei den Grünen eingetreten und seit September 2009 Mitglied im Rat der Stadt Voerde. Seit Juli 2014 auch als Sprecher der Fraktion.

Bei den GRÜNEN bin ich, weil ich mich 100 Prozent mit den Zielen identifizieren kann. Für den Bundestag kandidiere ich, weil ich die Notwendigkeit sehe, die Interessen der ländlichen Regionen deutlich stärker in Berlin zu vertreten, als bisher.



## IMPRESSUM

Herausgeber:  
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen  
Stadthaus Rheinberg  
47495 Rheinberg  
Ortsverband Bündnis 90/Die Grünen  
c/o Ulla Hausmann-Radau  
Grafchafter Straße 3c, 47495 Rheinberg  
www.gruene-rheinberg.de  
facebook: Grüne Rheinberg

Gestaltung, Satz, Bildbearbeitung und Druck:  
TYPOGRAF Frankен-Tuschen GbR  
Schwalbenweg 14, 47475 Kamp-Lintfort  
Ruf 02842/94622  
johannes.tuschen@t-online.de, www.typograf-kamp-lintfort.de